

Anlage 1 der

**Zusätzlichen Angebots-, Vergabe- und
Vertragsbedingungen**

zur Vergabe der Leistung

Rahmenvereinbarung

Gestaltung & Hosting eines

Gäste- und Partnerweb

- Los 1: Gestaltung, technische Umsetzung & Services**
- Los 2: Hosting**

Anlage 1

Eignungsprüfung zur Ausschreibung

- Zum Nachweis der Eignung
 - a. ist das Formblatt L124 auszufüllen an den von der ausschreibenden Stelle markierten Positionen und rechtsverbindlich zu unterzeichnen und
 - b. sind die im nachfolgenden **Formblatt 1 dieser Anlage 1** aufgeführten **Unterlagen und Erklärungen** mit dem Antrag abzugeben; soweit deutsche Rechtsnormen und Formulare benannt sind, gelten gleichwertige aus anderen EU-Mitgliedsländern entsprechend. Zu einigen Anforderungen sind Formulare als Anhang 1 beigelegt.

- Geforderte Eignungsnachweise, die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise vorliegen, sind im Rahmen ihres Erklärungsumfangs zulässig.

1 Formblatt 1: Übersicht Eignungsnachweise

Lfd. Nr.	Unterlagen	Form des Nachweises (Formblatt, eigene Anlage, Bezeichnung)
Zuverlässigkeit		
1	Nachweis über eine Gewerbeanmeldung oder den Eintrag im Handelsregister (nicht älter als 12 Monate)	
2	Firmenprofil / Unternehmensdarstellung A. Haupttätigkeit des Unternehmens B. für den Auftraggeber zuständiger Unternehmens-/Ateliersitz Niederlassung.	
3	Haftpflicht, Datenverarbeitung, Verbindlichkeit Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung (Deckungszusage und Deckungssumme) mit mind. 1 Mio. für Sach- und 3 Mio. für Personenschäden je Schadensfall p.A. (Formblatt 2)	
4	Nachweis zum Status bevorzugte Bewerber sofern das Bieterunternehmen diesen Status in Anspruch nimmt Nach den Richtlinien für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind bevorzugte Bewerber Spätaussiedler, Vertriebene, Sowjetzonen-Flüchtlinge, Verfolgte, Evakuierte sowie Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten (Bevorzugten-Richtlinien - öABevR).	
5	Eigenerklärung zu § 123 GWB (Formblatt 3)	
6	Eigenerklärung AentG (Formblatt 4)	
7	Eigenerklärung, dass beigefügtes Muster der Rahmenvereinbarung anerkannt wird (formlos)	

8	Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt (Formblatt 5)	
Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit		
9	Unbedenklichkeitsnachweis zu Steuern und Abgaben	
Technische Leistungsfähigkeit und Fachkunde		
10	<p>Referenzliste (Formblatt 6)</p> <p>Es sind mit nachfolgendem Formblatt vergleichbare Referenzprojekte der zurückliegenden drei Jahre unter detaillierter Angabe der erbrachten Leistungen unter Angabe der zentralen Kernleistung pro Projekt inkl. der geforderten Kontakt- und Projektdaten vorzustellen</p>	
11	Vorstellung des Projektteams (Projektleiter, der Konzepter/Designer sowie des Leitender Entwickler – jeweils mit Qualifikationsprofil und Erfahrungen)	
12	Nachweis der Möglichkeit zur Vor-Ort-Präsenz in München innerhalb von 4 Stunden	
13	Nachweis von Erfahrung in der Betreuung von Regionalen und überregionalen Tourismusorganisationen im Bereich Webentwicklung	
14	Herstellerzertifizierung des Wettbewerbsunternehmens bezogen auf die CMS-Softwarelösung, die angeboten werden soll. Keine Vertriebszertifikate, sondern z.B. Schulungs- und Fortbildungsnachweise bezogen auf Mitarbeitende oder das Gesamtunternehmen.	
15	Bezogen auf Los 2: Nachweise zur technischen und organisatorischen Rechenzentrumsausstattung für das Hosting; sofern vorhanden: Zertifizierungen	

2 Formblatt 2: Haftpflicht, Datenverarbeitung, Verbindlichkeit

Eine Betriebshaftpflichtversicherung sowie eine Sachschadensversicherung besteht laut beigefügtem(n) Nachweis(en) bei folgendem(n) Versicherungsunternehmen

Bezeichnung	Deckungssumme

Das Bieterunternehmen erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können.

Das Bieterunternehmen ist sich bewusst, dass wissentlich falsche Erklärungen den Ausschluss von dieser und weiteren Ausschreibungen zur Folge haben können.

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift

3 Formblatt 3: Eigenerklärung zu § 123 GWB

Zu § 123 GWB erkläre/n ich/wir:

Weder ich/wir noch eine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist (§ 123 Abs. 3 GWB), bin/sind in den letzten fünf Jahren rechtskräftig verurteilt worden; zudem wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes gegen Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt, wegen einer Straftat nach:

- § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder §233a des StGB (Förderung des Menschenhandels).

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in den vorstehenden Erklärungen

- meinen/unseren Ausschluss von der Auftragserteilung gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB
- im Falle der Auftragserteilung eine fristlose Kündigung des Vertrages

zur Folge haben können.

Der Auftraggeber behält sich vor, Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen und einzuholen. Bei Widersprüchen zwischen den Anforderungen in der Eigenerklärung und der Bekanntmachung gelten vorrangig die Festlegungen in der Bekanntmachung.

_____, den _____

(Ort)

(Datum)

(eigenhändige Unterschrift)

(Firmenstempel)

4 Formblatt 4: Eigenerklärung AentG

Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht wegen Verstoßes nach § 23 AentG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500,-- € belegt worden bin/sind.

Ich/Wir erkläre/n zudem, dass eine noch nicht geahndete schwerwiegende Verfehlung im Sinne des § 21 Abs. 1 S. 1 AentG nicht begangen wurde.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in der vorstehenden Erklärung eine fristlose Kündigung des Vertrages zur Folge haben können.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben können.

_____, den _____

(Ort)

(Datum)

(eigenhändige Unterschrift)

(Firmenstempel)

5 Formblatt 5: Verpflichtungserklärung Mindestlohn

Zum 01.01.2015 ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller Branchen deutschlandweit ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro brutto pro Zeitstunde in Kraft getreten. Es erfolgt eine jährliche Anpassung; ab 2017 gilt aktuell ein Mindestlohn von 8,84 € pro Stunde. Somit sind alle Arbeitgeber verpflichtet, Ihren Arbeitnehmern diesen Mindestlohn zu zahlen.

Als Auftrag gebendes Unternehmen stehen wir in der Haftung, wenn das von uns mit Dienstleistungen oder Werksleistungen beauftragte Unternehmen seinen Arbeitnehmern keinen gesetzlichen Mindestlohn zahlt. Die Bundeszollverwaltung kontrolliert, ob der Mindestlohn eingehalten wird, und Verstöße können mit hohen Geldbußen geahndet werden. Zudem ist es möglich, dass Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden, wenn sie gegen das Mindestlohngesetz 2015 verstoßen.

Für die vertragliche Zusammenarbeit ist es notwendig, uns schriftlich zu bestätigen, dass Sie Ihren Arbeitnehmern den gesetzlich geltenden Mindestlohn zahlen. Dazu senden Sie bitte die im Anhang beigefügte schriftliche Bestätigung unterschrieben an uns zurück.

Schriftliche Bestätigung über die Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns

Hiermit bestätige ich, dass ich meinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den für meine Branche gesetzlich geltenden Mindestlohn zahle.

Ort, Datum

Unterschrift/Firmenstempel

Hinweis zum Einsatz von Nachunternehmen oder Verleihunternehmen

Soweit Nachunternehmen oder Verleihunternehmen eingesetzt werden sollen, müssen auch diese die obenstehende Erklärung gesondert vorlegen.

6 Formblatt 6: Referenzprojekte vergleichbare Projekte

Bitte Formblatt kopieren für die Angabe der geforderten Referenzprojekte

Lfd.	Referenz-Projekt	
1	Bezeichnung des Projektes	
2	Art und Umfang der vergleichbaren Leistung	
3	Zeitraum der Durchführung	
4	Name des/der Kunden	
5	Anschrift	
6	Ansprechpartner mit Telefonnummer	
7	Sonstiges	